

Polen – Vom Bremsklotz zum potentiellen Klimapartner Deutschlands?

Martin Kremer / Kai-Olaf Lang

Die europäische Klimapolitik hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2050 den Umbau zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu vollziehen. Dabei wird es entscheidend auf Polen ankommen. Das Land agiert in diesem Politikfeld bislang defensiv und hat mit Erfolg in den letzten Jahren Koalitionen gebildet, um eine aus seiner Sicht angemessene Teilung der Lasten zu erreichen, die bei der Umsetzung der europäischen Klimaziele zu schultern sind. Ursächlich für dieses Verhalten sind nicht zuletzt strukturelle Eigenheiten der polnischen Energiewirtschaft, namentlich ein kohlebasierter Elektrizitätssektor, der sich gegen klimapolitisch bedingte Kosten wehrt. Will Deutschland an einer ambitionierten europäischen Klimapolitik festhalten und nach dem fehlgeschlagenen Klimagipfel von Kopenhagen realpolitische Ansätze entwickeln, wird dies längerfristig mit einem »klimaskeptischen« Polen nicht möglich sein – zumal wenn Polen mit Blick auf seine EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011 in gesamteuropäische Verantwortung genommen werden muss. In diesem Zusammenhang könnte eine deutsch-polnische »grüne Innovationsallianz« einen Beitrag dazu leisten, das intrinsische polnische Interesse an Klimapolitik zu stärken.

Wenn es um das Klima geht, gilt Polen vielen als »das China Europas«. Polen, dessen Strom zu 94 Prozent in Kohlekraftwerken hergestellt wird, ist der größte Steinkohleproduzent der Europäischen Union (EU). Die Stromkonzerne gehören meist dem Staat und haben damit gleichsam einen Sitz am Kabinetttisch. Das gleiche gilt für den Bergbau. Zusammen mit Gewerkschaften ist dieses Konglomerat eine Macht, die niemand vernachlässigen kann. Sie ist prägend für das ökologische Bewusstsein der Öffentlichkeit, in der klimapolitisch

begründete Investitionen nur geringe Akzeptanz finden.

Der große Beitrag der heimischen Stein- und Braunkohle zum polnischen Energiemix bringt zwar den Vorteil mit sich, dass Polen nur gut 18 Prozent des Primäraufkommens aus importierten Energieträgern produzieren muss und in seiner Energieversorgung weit weniger (wenn auch nicht im subjektiven Empfinden) von Russland abhängig ist als viele andere EU-Staaten. Der Nachteil ist allerdings, dass die Kohlendioxidemissionen enorm hoch sind.

Obwohl die Polen pro Kopf gerechnet nur mäßige Luftverschmutzer sind, ist ihr Wohlstand doch so stark von der Kohle abhängig wie fast nirgendwo sonst in Europa. Während in Polen 1284 Tonnen Treibhausgase emittiert werden, um eine Million Euro Einkommen zu erzielen, kommt Deutschland mit 394 Tonnen aus.

Wie in anderen Ländern Mittelosteuropas sanken die Emissionen als Resultat des ökonomischen Zusammenbruchs und des Umbaus der Wirtschaft nach dem Ende des Kommunismus. »Unproduktive Dreckschleudern« wurden »dichtgemacht«, an ihre Stelle traten moderne Betriebe und neue Branchen. Einerseits hat das dazu geführt, dass Unternehmen etwa in der Papier- oder Zementindustrie heute teilweise sauberer produzieren als in Westeuropa. Als Folge des für 2010 prognostizierten kräftigen Wirtschaftswachstums von 2,5 Prozent nehmen andererseits die Emissionen wieder stark zu. In Polen ist der Ausstoß an Treibhausgasen schon wieder so hoch wie 1990 – für die nächsten Jahre wird ein weiterer Anstieg vorausgesagt.

Der Energiemix in Polen steckt folglich in einer »Kohle-Falle«. Polen ist das einzige große EU-Mitglied ohne Kernenergieanteil an seiner Stromerzeugung – frühestens Anfang des nächsten Jahrzehnts dürfte ein Atomkraftwerk betriebsbereit sein. Der Gasanteil am Endenergieverbrauch beträgt nur 12 Prozent – eine der niedrigsten Quoten in Europa. Die in Polen vermuteten riesigen Vorkommen von unkonventionellem Gas können hieran, wenn überhaupt, erst in Zukunft etwas ändern. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch liegt bei nur fünf Prozent und am Endenergieverbrauch bei gut sieben Prozent – auch dies eine Konsequenz der bisherigen »Coal Complacency«.

Klimapolitik mit Vorbehalten

Vor diesem Hintergrund übte Polen zu meist klimapolitische Zurückhaltung. Energiepolitik wurde nur zögerlich in Verbindung mit der Klimapolitik und dem nach-

haltigen Umbau der Energiesysteme gebracht. Obwohl Polen durchaus beachtliche Treibhausgasreduzierungen in nicht vom Europäischen Emissionshandelssystem erfassten Bereichen vorweisen kann, wurde die Energiepolitik bislang vor allem als Instrument eingesetzt, um die Versorgung auszuweiten und sicherzustellen. Der europäischen Klimapolitik standen polnische Regierungen zwar nicht dogmatisch ablehnend gegenüber, doch ihre Einwilligung war in der Praxis permissiv-konditioniert: Klimapolitik wurde und wird zumeist als lästige Pflichtübung gesehen, der man sich zwar unterzieht, deren Kosten aber diejenigen tragen sollen, die hochgesteckte Ziele definieren und die wirtschaftlich leistungsfähig sind. Daher sieht man vor allem Schrittmacher der EU-Klimapolitik wie Deutschland und Großbritannien und wohlhabende Mitgliedstaaten wie die Niederlande und Schweden in der Pflicht, ehrgeizige Dekarbonisierungspfade zu verwirklichen. Diese Staaten, so die polnische Auffassung, müssen den Beweis antreten, dass die Transformation in Richtung kohlenstoffarmen Wirtschaftens technologisch möglich und ökonomisch erfolgreich ist und positive Effekte nicht nur für das Klima, sondern auch für Energiepreise und Versorgungssicherheit generiert. Wäre dieser Beweis erbracht, würden andere Industrie- und Schwellenländer schon aus Eigeninteresse folgen.

Klimapolitik ja, aber mit einer angemessenen Lastenteilung, so lautete also bislang die implizite Devise Warschau. Bei der Annahme des EU-Klima- und -Energiepakets im Dezember 2008 ertrotzte Polen eine maßgebliche Konzession: Ihm und den anderen neuen EU-Mitgliedern werden zwischen 2013 und 2020 noch maximal 70 Prozent der Emissionszertifikate – dem unter dem Europäischen Emissionshandelssystem bestehenden Recht zum Ausstoß von Kohlendioxid – frei zugeteilt (für Kraftwerke, deren Bau vor 2008 in Angriff genommen wurde – polnische Stromversorger müssten sonst Zertifikate im Wert von rund 14 Milliarden Euro zu-

kaufen). Hinzu kamen weitere Erleichterungen etwa bei den Minderungszielen in Sektoren, die nicht der Emissionshandelspflicht unterliegen.

Folgende Kernargumente macht die Regierung in Warschau geltend, um möglichst weitreichende Zugeständnisse an Polen zu begründen: Da Polen nach wie vor damit beschäftigt sei, ökonomisch zu den wohlhabenden Mitgliedstaaten aufzuschließen, sei es auf hohe Wachstumsraten angewiesen. Übermäßige klimapolitische Belastungen hätten negative volkswirtschaftliche Auswirkungen und würden zudem die Deindustrialisierung des Landes fördern, in dem »alte«, energie-intensive Industriezweige eine noch immer unverhältnismäßig große Rolle spielten. Dies betreffe vor allem die in Polen produzierte Energie, die dann, so die Befürchtung, nicht mehr konkurrenzfähig wäre und durch ausländische Importe substituiert würde.

Überdies seien gesellschaftliche Folgen zu berücksichtigen, da etwa steigende Energiepreise vor allem die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten treffen würden. Aufgrund seiner Lage an der Außengrenze der EU sei in Polen das Risiko des »Carbon Leakage« (also der Abwanderung von kohlenstoffintensiven Industriezweigen in Länder ohne restriktive CO₂-Minderungspflichten) auch größer als in anderen Mitgliedstaaten – so würde etwa die Möglichkeit des Stromzukaufs oder Kraftwerksbaus in den östlichen Nachbarstaaten Belarus und Ukraine erwogen. Polen habe, so ein weiteres Argument, in der Vergangenheit besonders hohe Beiträge zur CO₂-Reduktion erbracht. Deshalb wurde mehrfach gefordert, den für die Festlegung von Ausstoßlimits maßgebenden Berechnungszeitraum möglichst weit an den Ausgangspunkt des Systemwandels in den neunziger Jahren auszudehnen. Nicht zuletzt wird darauf verwiesen, dass überzogene klimapolitische Auflagen die Rolle der heimischen Kohle im polnischen Brennstoff- und Energiemix einschränken und insofern mittelbar die Energiesicherheit gefährden würden.

Gerade in der europäischen Klimapolitik wird die Ambivalenz einer pragmatischen, aber auch effektiveren polnischen Europapolitik, wie sie sich in der letzten Zeit manifestiert, weiterhin sichtbar bleiben. Einerseits will Polen nicht zum Bremsklotz in einem zentralen europäischen Politikfeld werden, andererseits wird es seine Interessen wie bisher mit Nachdruck verfolgen. Auch angesichts der näherrückenden polnischen Ratspräsidentschaft gilt daher: Die strittigen Fragen in der europäischen Klimapolitik werden sich nicht in Wohlgefallen auflösen, und Polens klimapolitische Interessen werden sich bis dahin nicht grundlegend verändert haben.

Dies zeigt sich nicht zuletzt am Beispiel der polnischen Diskussion über die Fortentwicklung der europäischen und globalen Klimaziele. Zwar anerkennt man auch in Polen grundsätzlich die Notwendigkeit eines Post-Kopenhagen-Prozesses, der die großen Emittenten USA und China einbindet. Nur sieht sich Polen unter dem Druck ökonomischer Aufholzwänge – und der bislang versäumten Modernisierung seines Kraftwerksparks – außerstande, mit Ressourcen und als gutes Vorbild eine aktive globale Politik zur Einbindung der Großemittenten mitzubetreiben.

Einer weiteren Senkung der Treibhausgasemissionen um 30 Prozent steht Polen erklärtermaßen skeptisch gegenüber und besteht auf einer vorherigen Untersuchung der sektoren- und landesspezifischen Auswirkungen. Bei der Aufteilung des EU-Beitrags zu einer »Fast-start«-Klimaschutz-Finanzierung für Entwicklungsländer, die der Europäische Rat im Dezember 2009 dem Grunde nach beschlossen hat, will Polen vor allem seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigt sehen. Ebenso wenig will das Land – insbesondere angesichts seiner bevorstehenden Haushaltskonsolidierung – auf Erlöse aus dem Verkauf seiner ungenutzten »Assigned Amount Units« unter dem Kyoto-Protokoll verzichten (bzw. diese kostenfreien Emissionszertifikate, die Milliarden Euro wert sind und im Zeitraum 2008–2012 bereits verkauft

werden können und teils verkauft sind, in einem Kyoto-Nachfolge-Protokoll fortgeschrieben wissen). Dies wiederum ist für die EU besonders problematisch, weil es negative Vorbildwirkung für die Kyoto-Protokoll-Vertragsparteien Russland und Ukraine hat, deren klimapolitischer Ehrgeiz begrenzt ist.

Will die EU ihre ehrgeizige »Top-down«-Klimapolitik mittels Legislativakten und der Aushandlung eines internationalen Klima-Regimes fortsetzen, wird sie nicht umhinkommen, ihre Optionen im Umgang mit Polen zu prüfen: Sie reichen vom Versuch eines Aufbrechens der von Polen geführten Klimakoalition, die im wesentlichen gegen die alten EU-Mitglieder gerichtet ist, über die Nutzung zusätzlicher Strukturfondsmittel zur Lastenteilung bis hin zu einem großen Klima- und Energie-Deal zwischen alten und neuen EU-Mitgliedern. Eine zentrale Rolle wird dabei in jedem Fall eine neue kooperative »bottom-up«-gestützte Klimapolitik spielen, die auf die prioritäre Verwirklichung konkreter Projekte zum Klimaschutz und zur nachhaltigen Energieversorgung setzt.

Öffnungen im polnischen Denken

Polen hat in der europäischen Klimapolitik seine Interessen stets entschlossen geltend gemacht, versperrt sich aber – allein schon wegen der eingegangenen Verpflichtungen – nicht einer klimapolitischen Wende. Bei der Erfüllung der Klimaziele konzentriert sich das Land vorrangig auf zwei Leuchtturmprojekte: den Bau eines Atomkraftwerks bis 2020, der ein Zehntel des Strombedarfs decken soll, und den Einsatz »sauberer Technologien«, insbesondere zur Abscheidung und unterirdischen Speicherung von CO₂ (CCS – Carbon Capture and Storage), mit denen Kohle als klimakompatibler Brennstoff zukunftsicher gemacht werden soll. Ein erstes Vorhaben ist die Errichtung einer 600 Millionen Euro teuren CCS-Anlage im zentralpolnischen Kraftwerkskomplex Bełchatów durch den polnischen Elektrizitätskonzern PGE (die Anlage

wird von der Europäischen Union mitfinanziert).

Die Priorisierung dieser Projekte bedeutet aber nicht, dass es in der Klimapolitik keine Anknüpfungsmöglichkeiten für ein Zusammenwirken mit Deutschland und anderen europäischen Partnern gibt. Vor dem Hintergrund einer sich dynamisch entfaltenden polnischen Wissenschafts- und Innovationslandschaft regt sich in Polen zunehmend Interesse an kohlenstoffarmen Entwicklungspfaden. Nachdenkliche Stimmen aus Wirtschaft, Medien und der NGO-Szene warnen vor der Macht der schwarzen Energiesektors, einem »Teufelskreis der Rückständigkeit« und davor, dass Polen den Anschluss an die »grünen Märkte« der Zukunft verpassen könnte. Und auch in der Regierungspolitik bieten sich (zumindest mittelbare) Ansatzpunkte. Ministerpräsident Tusk hat seit seinem Amtsantritt 2007 die »Modernisierung« der polnischen Volkswirtschaft zu einer Priorität seines Regierungshandelns gemacht. Im Vordergrund stehen hierbei zwar Sozialreformen. Doch längerfristig wird eine Umbaustrategie auch das nachhaltige Wirtschaften fördern müssen.

Ansätze für eine moderne – der Nachhaltigkeit verpflichtete – Energiepolitik gibt es auch in der Energiestrategie des polnischen Wirtschaftsministeriums von 2009. Die Realisierungschancen dieser Strategie werden von Experten zwar gerne in Frage gestellt. Immerhin wird in ihr aber das Ziel formuliert, bis 2030 den Anteil der aus Kohle gewonnenen Elektrizität von 92 auf 57 Prozent zu senken und den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung von 3 auf 19 Prozent anzuheben

Vor allem hat das EU-Energie- und -Klimapaket, ungeachtet der Konzessionen, die Polen erwirkte, zur Folge, dass die polnische Energiewirtschaft erheblich angepasst und die Energiepolitik neu ausgerichtet werden muss. Die Energiestrategie Polens priorisiert neben traditionellen Zielen wie Versorgungssicherheit und Diversifizierung jetzt auch explizit das Thema Energieeffizienz. Die von Polen angestrebte ver-

mehrte Nutzung erneuerbarer Energien nimmt ebenfalls Formen an. Im Nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energien, der Ende August 2010 der EU-Kommission zugeleitet werden soll, sind zahlreiche Maßnahmen genannt, die Polen bereits ergriffen hat oder in nächster Zeit umsetzen will (Umweltverbände kritisieren allerdings, dass das Papier zu wenig finanzielle Anreize bietet und die administrativen Kompetenzen nicht klar zuschreibt). Polen hat überdies mit den Erlösen aus dem Verkauf seiner ungenutzten »Assigned Amount Units« immer auch anspruchsvolle »green schemes« zum Beispiel zur Gebäudesanierung finanziert.

Optionen für den Umgang mit dem klimapolitischen Akteur Polen

Verschiedene Ansätze sind denkbar, die Deutschland und »klimaorientierte« EU-Partner gegenüber Polen zur Anwendung bringen könnten.

Isolation. Eine solche Strategie würde darauf abzielen – etwa bei einer Anhebung des bis 2020 zu erreichenden EU-Emissionsreduzierungsziels auf 30 Prozent –, einige ostmitteleuropäische Mitglieder aus den klimapolitischen Interessenkoalitionen mit Polen herauszulösen, indem man ihnen bilaterale Energie- und Klimapartnerschaften anbietet. In Frage kämen dafür Länder mit schwächeren kohlenstofflastigen Energiesektoren wie Lettland. Der Erfolg eines solchen Vorgehens ist allerdings keineswegs sicher. Denn das politische Selbstbewusstsein der neuen EU-Mitglieder ist gewachsen, zudem beginnen die Haushaltsverhandlungen, in denen die minoritären Nettozahler einer Ausgabenerhöhung ihre Zustimmung verweigern wollen. Polen baut seine Koalitionsbildungsfähigkeiten aus und kann inzwischen auch Bündnisse mit Ländern aus der »alten« EU schmieden (in der Klimapolitik etwa mit Italien).

Zustimmung zu einer ehrgeizigen Klimapolitik erkaufen. Bislang konnte sich Polen durch Einsatz seiner Verhandlungs- und Blockademacht relativ weitgehende

Zugeständnisse sichern. Die Kosten, die im Zuge der Teilung der klimapolitischen Lasten entstanden sind, wurden auf die wohlhabenderen EU-Partner abgewälzt. Faktisch wurde Polens Einlenken »erkauft«. Dieser Weg kann auch weiterhin beschritten werden, stößt aber auf wachsende budgetäre Restriktionen in jenen Ländern, die die Aufwendungen zu bestreiten hätten. Gangbar wäre wohl am ehesten der Weg einer Umschichtung von Mitteln innerhalb der Kohäsionspolitik, die sich im Zuge einer Festbeschreibung klimapolitischer Prioritäten der europäischen Strukturfonds realisieren ließe.

Energie- und klimapolitischer »Grand Bargain«. Polen akzentuiert die Idee der Energiesolidarität und arbeitet auf eine Fortentwicklung der europäischen Energiepolitik hin. Dies betrifft insbesondere die Versorgungssicherheit und die Energie-Außenpolitik. Die deutsche Seite etwa könnte daher an einen »Grand Bargain« denken, nach der Devise Unterstützung für Energiesolidarität im Tausch gegen Akzeptanz einer ambitionierten Klimapolitik. Dieser Basiskompromiss müsste durch konkrete Projekte unterfüttert werden. Für polnisches Entgegenkommen in der Klimapolitik würde sich Deutschland etwa auf europäischer Ebene für einige von Warschau angestrebte Vorhaben zur Verbesserung der Interkonnektivität einsetzen oder für verbesserte EU-Energie-Außenbeziehungen zu Russland, die auch die Unternehmen einschließen. Diese europapolitisch zweifellos ansprechendste Option wird in absehbarer Zeit wahrscheinlich am schwierigsten zu verwirklichen sein. Auf den Vorschlag, den Jerzy Buzek, der Präsident des Europäischen Parlaments, und der frühere Kommissionspräsident Jacques Delors zur Gründung einer europäischen Energiegemeinschaft unterbreitet hatten, die die Defizite der derzeitigen Politik überwinden soll, waren die ersten Reaktionen denn auch verhalten.

Realpolitische Wende in der Klimapolitik: Chance zum Brückenschlag

Möglicherweise ist die europäische und internationale Klimapolitik nach dem Scheitern der Weltklimakonferenz in Kopenhagen aber auch in ein Stadium eingetreten, in dem für lange Zeit keine weiterreichenden, verbindlichen Reduktionsziele festgelegt werden. Auch bei einer »großen Lösung« kommt es immer darauf an, dass deutliche mittel- bis langfristige Emissionsminderungen im Rahmen konkreter Projekte erreicht werden. In jedem Fall – da auch die Voraussetzungen für die drei Optionen im Umgang mit Polen verbessert – könnte die EU ein neues gemeinsames »Projekt zum nachhaltigen Umbau der Energiesysteme« ins Leben rufen. Dies würde auch in Anbetracht von Wirtschafts-, Finanz- und Euro-Krise einer Neubegründung der Klimapolitik förderlich sein und könnte alte und neue Mitgliedstaaten erstmals gemeinsam zu Trägern und Teilhabern der Klimapolitik werden lassen. Damit wäre die Zeit des »Top-down«-Paradigmas in der EU zunächst einmal vorüber. Zugleich ergäbe sich die Chance (aber auch die Notwendigkeit), Polen durch eine projektbezogene Klimapolitik von unten an CO₂-arme Entwicklungspfade heranzuführen – da letztlich weder von der globalen noch von der europäischen Ebene wirklich zwingende klimapolitischen Vorgaben kommen könnten. Voraussetzung wäre die Weckung eines intrinsischen klimapolitischen Interesses in Polen.

Entscheidend für die künftige Positionierung Polens in der Klimapolitik werden zwei Fragen sein: Wie lässt sich das bislang noch schwache klimapolitische Bewusstsein in Polen stärken und wie kann man erreichen, dass Klimafragen in der innerpolnischen Diskussion nicht als Hemmschuh, sondern als Feld neuer Chancen angesehen werden? Angesichts der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des gesellschaftlich-politischen Kontexts wird dieser Prozess sicherlich zäh verlaufen. Deutschland und die EU-Partner sollten ihn jedoch nach Kräften unterstützen. Hier-

bei sind nicht zuletzt drei Argumentationslinien von Bedeutung, die im Umgang mit Polen aufgezeigt werden sollten.

- ▶ Eine zu über 90 Prozent auf Kohle basierende Elektrizitätswirtschaft ist nicht zeitgemäß für eine dynamische und reformorientierte Volkswirtschaft. Zeitgemäß ist eine integrierte Klima- und Energiepolitik, die auf eine breitere Modernisierung von Energiesektor, Infrastrukturen und wirtschaftlichem Handeln insgesamt abzielt – und damit ein »ökonomisches Aufholen« erlaubt, ohne dass die Modernisierungsfehler der alten EU-Mitgliedstaaten erneut begangen werden. Klimapolitik fordert Polen zwar Anpassungsleistungen und Übergangskosten ab, bietet aber auch Innovationschancen und kann durch die Einführung neuer Technologien längerfristig die Konkurrenzfähigkeit Polens stärken.
- ▶ Nach der in Polen bislang vorherrschenden Auffassung beeinträchtigen klimapolitische Vorgaben die Energiesicherheit des Landes. Als Gegenargument kann darauf verwiesen werden, dass »grüne Technologien«, Energieeffizienzprogramme und die verstärkte Erschließung erneuerbarer Energiequellen in einem gemeinsamen – interkonnektiven – Energiebinnenmarkt einen wichtigen Beitrag leisten können, um die Versorgungssicherheit zu erhöhen bzw. die Abhängigkeit von Brennstofflieferungen aus dem Osten zu vermindern.
- ▶ Polen wirkt auf eine Intensivierung der Kooperation mit den östlichen Anrainern der EU hin. So hat es sich im Rahmen der Nachbarschaftspolitik sowie der Östlichen Partnerschaft immer wieder dafür ausgesprochen, Energiepolitik und Versorgungssicherheit einen hohen Stellenwert einzuräumen. Polen könnte von der Sinnhaftigkeit einer verstärkten »Klima-Außenpolitik« gegenüber den östlichen Nachbarn überzeugt werden, wenn dadurch gezielt die Energiesicherheit dieser EU-Partnerstaaten verbessert wird. Aufgrund der »Leakage«-Problema-

tik hat Polen überdies prinzipiell ein Interesse daran, seine direkten östlichen Nachbarn an die Klimapolitik der EU heranzuführen und das dortige klimapolitische Engagement durch konkrete Projekte zu fördern.

Damit Polen insbesondere »Bottom-up«-Projekte wirksam mittragen kann, müsste es im klimapolitischen Dialog folgende Grundannahmen teilen:

- ▶ Polen hat aufgrund seines Potentials und der von ihm formulierten Ziele eine besondere Pflicht zur Mitführung in der Europäischen Union. Daher ist es auch gefordert, an einer konstruktiven Ausgestaltung der Klimapolitik mitzuwirken.
- ▶ In seiner wirtschaftlichen Entwicklungssituation und wegen der Struktur seines Energiesektors kann Polen legitimerweise die Solidarität seiner Partner in Sachen Klimapolitik einfordern. Doch Polen ist kein »armes« Land. Als wirtschaftlich dynamischer, gestärkt aus der Finanzkrise hervorgegangener Mitgliedstaat ist es gerade im internationalen Maßstab ein Akteur, der klimapolitische Verantwortung hat.
- ▶ Unabhängig von der weiteren Entwicklung der europäischen und internationalen Klimaziele sind die geltenden klimapolitischen Vorgaben ein Impuls, der die Mitgliedstaaten der EU und gerade Polen im ökonomischen Eigeninteresse auf einen »grünen Pfad« geführt hat. Die hiermit verbundenen Potentiale gilt es offensiv zu nutzen.

Nachhaltige Modernisierung als deutsch-polnisches Projekt

Polen wird im zweiten Halbjahr 2011 die rotierende EU-Präsidentschaft innehaben. Die Klimapolitik wird unweigerlich auf der Agenda stehen, gerade wenn die internationalen Verhandlungen in eine entscheidende Phase treten sollten. Unabhängig hiervon wird auch die indirekte Klimapolitik – die Energiepolitik – zentrales Thema sein.

Der Moment erscheint deshalb günstig für Deutschland und Polen, hier angesichts ihrer engen politischen Zusammenarbeit und ihrer wirtschaftlichen Verflechtung exemplarisch voranzuschreiten und ihre bilateralen Beziehungen in Gestalt einer »grünen Innovationsallianz« zukunfts-gewandt auszurichten – zumal sich ihre Energiebeziehungen nach den Irritationen über den Bau der Ostsee-Pipeline wieder versachlicht haben.

Wie auch immer die EU in ihrem neuen klimapolitischen Realismus agieren und wie Polen seine ehrgeizige EU-Präsidentschaft ab Juli 2011 im einzelnen organisieren wird, Tatsache bleibt: Deutschland und Polen sind Nachbarn, die beide vor der großen Herausforderung stehen, ihre stark kohle-gestützte Energieversorgung nachhaltig zu machen. Mit dem hochrangigen Energiedialog auf der Ebene hoher Beamter der Wirtschafts- und Außenämter besteht ein Nukleus, den die Regierungen gezielt nutzen können, um konkrete Projekte anzustoßen. Nachdem die europäische Klimapolitik möglicherweise in eine Reflexionsphase eingetreten ist, können Deutschland und Polen im gegenseitigen Verständnis Schritt für Schritt »grüne Modernisierungsprojekte« verwirklichen – nicht nur bilateral, sondern auch im Verbund mit Belarus und der Ukraine im Rahmen der Östlichen Partnerschaft.

Die Chancen, dass über die Abstimmung zur neuen EU-Energiestrategie 2020 hinaus konkrete technologisch-wissenschaftliche Erneuerungsprojekte in Angriff genommen werden, sind so gut wie nie zuvor. 43 Prozent des polnischen Kraftwerkparks sind älter als 30 Jahre, 37 Prozent zwischen 20 und 30 Jahre alt. Das Netzsystem ist vielerorts in einem schlechten Zustand und erneuerungsbedürftig. Planung, Genehmigung und Anschluss an das öffentliche Netz sind überdies vielfach mit Problemen behaftet.

Nach einem Gutachten von McKinsey & Company, das viel Aufmerksamkeit fand, könnte Polen bis 2030 seinen Treibhausgasausstoß um ein Drittel verringern, wenn es

seine Energiewirtschaft erneuern würde. Die polnische Wirtschaft könnte mit Investitionen in Höhe von 90 Milliarden Euro insgesamt 113 Milliarden Euro einsparen. In der Steigerung der Energieeffizienz und im Ausbau erneuerbarer Energien wird das größte Potential gesehen. Schätzungen zufolge liegt das Effizienz-Potential bei rund 40 Terawattstunden pro Jahr. Und Polen nutzt derzeit nur rund 17 Prozent seines realisierbaren Potentials zum Ausbau erneuerbarer Energien.

Deutschland mit seiner »grünen Technologieführerkompetenz« bietet sich für Polen in besonderer Weise als Partner für eine nachhaltige Modernisierung an. Die intensiven Wirtschafts- und Wissenschafts-Beziehungen (bei letzteren zentral das Fraunhofer-Zentrum für Mittel- und Osteuropa), aber auch die vielfältigen »Brücken« der deutschen Bundesländer nach Polen (z.B. Brandenburg, dessen Turbinen-Hersteller Enertrag sich in Polen engagiert) bieten hierfür wichtige Ansatzpunkte. Einer Bündelung und Vertiefung deutsch-polnischer Anstrengungen könnte ein deutsch-polnisches »Kompetenz- und »Capacity Building«-Zentrum für innovative Energie und Klimatechnologie« dienen. In ihm könnten praxisbezogene Forschungsinitiativen koordiniert, kleine und mittlere grüne High-Tech-Firmen gefördert, deutsch-polnische Leuchtturmprojekte auf dem Gebiet des Klimaschutzes und der innovativen Energiewirtschaft umgesetzt und Erfahrungen mit der klima- und energiebezogenen Governance ausgetauscht werden. Dadurch könnte Polen seinerseits auch zum »Produzenten von grünem Know-how« werden (derzeit gibt es in Polen bereits um die 500 spezialisierte Klein-Firmen).

Wichtige Akteure und mögliche Antreiber klimaorientierter Energiepolitik sind auch in Polen Selbstverwaltungen, insbesondere Kommunen. Ein deutsch-polnisches Forum für lokale Energieeffizienz könnte den Transfer von Wissen und praktischen Kenntnissen etwa über kommunale Energiekonzepte und Effizienzpläne erleichtern und zur Netzwerkbildung bei-

tragen. Ein solches Forum könnte auch einen deutsch-polnischen Energieeffizienzpreis für vorbildliche Maßnahmen im Bereich umweltschonende Energiewirtschaft und Klimaschutz vergeben. Parallel hierzu wäre an die Verknüpfung von ländlichem Raum und Akteuren aus der Landwirtschaft beider Länder zu denken – hier ginge es um den Abgleich von klimafreundlichen Praktiken und Potentialen im Agrarsektor. In Polen mit seiner ausdifferenzierten Bauernschaft und einer relativ ausgeprägten Biomasseproduktion stehen dafür durchaus Ansprechpartner bereit.

Naheliegend sind deutsch-polnische Initiativen – offen für andere interessierte Mitgliedstaaten – in den Bereichen Energieeffizienz, intelligente Netzwerke, neue Verkehrskonzepte und CCS. Ein Leuchtturmprojekt im Feld der traditionellen Energiesicherheit könnte zum einen der Anschluss Polens an die Penta-West-Gasleitung sein, die Österreich mit Deutschland verbindet, ebenso das Projekt einer bidirektionalen Gas-Verbindung zwischen Stettin und Brandenburg (Gexpol). Diese Projekte könnten nicht nur einen bedeutenden Beitrag zur Verwirklichung des EU-Energiebinnenmarkts leisten, sondern auch als Anreiz zur verstärkten Nutzung von Gas im polnischen Energiemix fungieren. Im hochsymbolischen Sektor grüner Modernisierung bietet sich zum anderen ein durch öffentlichkeitswirksame Begleitmaßnahmen flankiertes »Green Goal« bei der 2012 in Polen und der Ukraine stattfindenden Fußball-EM an. Vergleichbar dem Ziel der klima- und umweltneutralen Ausrichtung der Fußball-WM 2006 in Deutschland könnte dabei ein ebenso umfassendes wie nachhaltiges Stadt-Entwicklungskonzept erstellt werden. Im Verhältnis zu Drittländern – gerade im Rahmen der Östlichen Partnerschaft – könnten Deutschland und Polen ihre Kräfte in einer der RUDEA (der Russisch-Deutschen Energie-Agentur) nachempfundenen gemeinsamen Energie-Agentur bündeln und Filialen zum Beispiel in der Ukraine und Belarus gründen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364